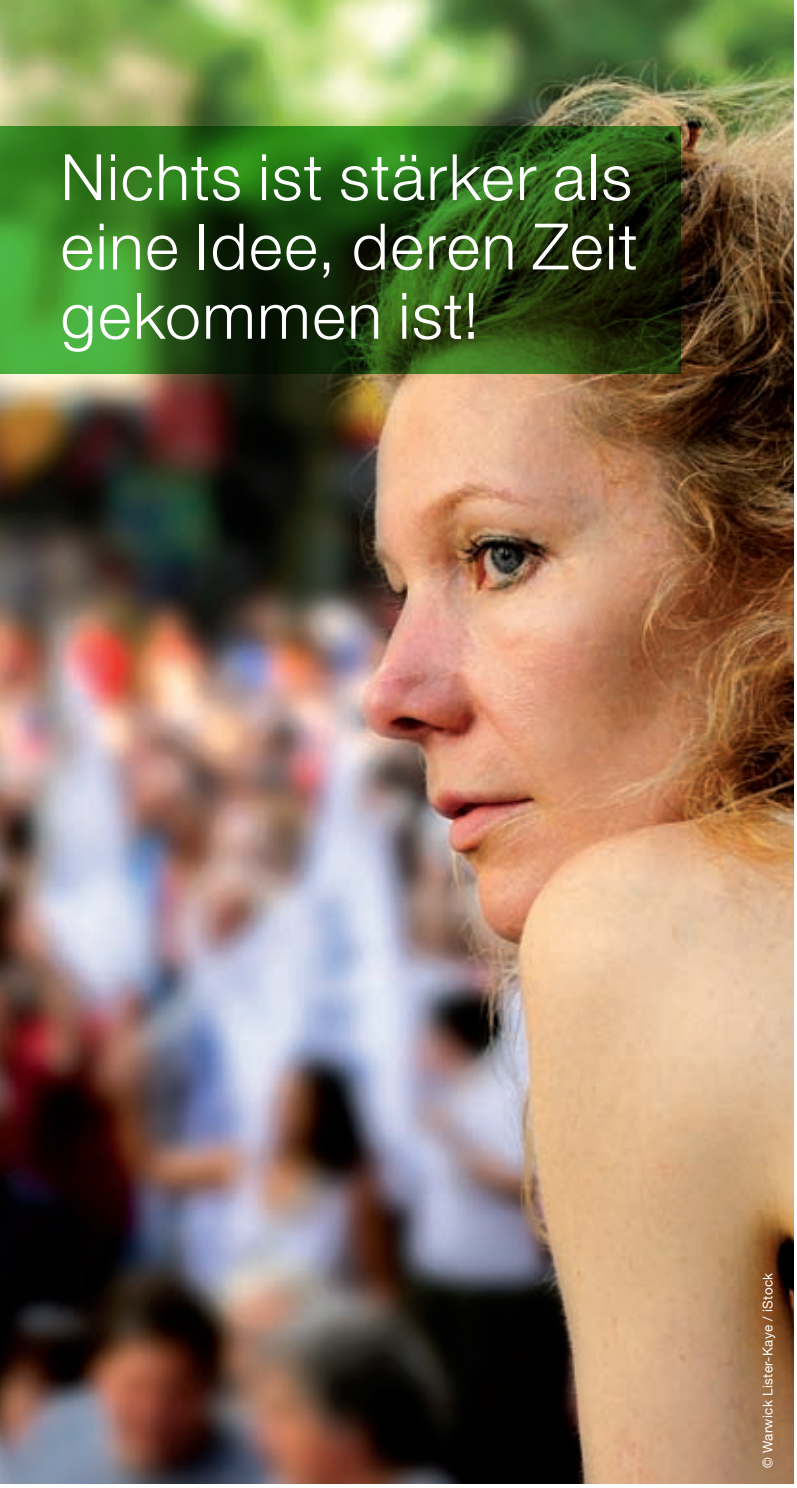
Ich mach’ mir die Welt, wie sie mir gefällt!

Politik selbst gestalten –
Mehr Demokratie für Bayern

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAG BAYERN

© mi.la / photocase.com



© Warwick Lister-Kaye / iStock

Neue Kultur demokratischer Mitbestimmung schaffen!

In Zeiten, in denen immer spürbarer wird, dass Wählen allein für das Funktionieren einer Demokratie nicht ausreicht, machen wir uns in Bayern dafür stark, dass alle Menschen ihr Recht auf Teilnahme am politischen Leben und Mitwirkung an den demokratischen Entscheidungen und Prozessen in Bayern ungehindert verwirklichen können.

Unser Ziel für Bayern ist es, eine neue Kultur der demokratischen Mitbestimmung in der Gesellschaft zu etablieren, in der die Mehrheit Rücksicht nimmt und Minderheiten einbezogen werden. Denn nur eine vielfältige, von unterschiedlichsten Einflüssen geprägte und politisch aktive Gesellschaft kann demokratische Strukturen aufbauen, die die Gesellschaft weiter bringen und stark genug sind, sich gegen Entwicklungen zu behaupten, die unsere Demokratie schädigen können.

Voraussetzung für diese Form einer aktiv gestalteten, bunten und lebendigen Demokratie sind informierte und mündige Bürgerinnen und Bürger – Menschen, die von den gewählten Volksvertretern ernst genommen werden, indem man ihnen Verantwortung zugesteht und ihnen keine Hürden bei der Ausübung ihrer demokratischen Mitbestimmung in den Weg legt.

Wir Grüne im Bayerischen Landtag haben deshalb ein Maßnahmenpaket für mehr Demokratie entwickelt, das den Menschen mehr Raum und Instrumente gibt, die Politik in Bayern selbst zu gestalten.

Weg mit dem Hindernis-Parcour bei der Mitbestimmung!

Hürdenlauf beim Volksentscheid beenden!

Mit einem Volksbegehren und dem anschließenden Volksentscheid, einem in der Bayerischen Verfassung verankerten grundlegenden Recht auf Mitwirkung, können die Menschen in Bayern direkt Gesetze für ganz Bayern beschließen. Oder vielmehr »könnten«: Denn dieses garantierte Recht auf Mitbestimmung wird durch eine ganze Reihe von Hindernissen erheblich erschwert.

10 Prozent der bayerischen Stimmberechtigten müssen innerhalb einer Eintragungsfrist von 14 Tagen unterschreiben. Das sind fast 1 Million Unterschriften, die alle persönlich innerhalb von zwei Wochen vor Ort in Rathäusern, Meldeämtern und anderen Eintragungsorten geleistet werden müssen – und das in der Regel nur zu arbeitnehmerunfreundlichen Öffnungszeiten.
Darüber hinaus werden Menschen, die durch Krankheit oder Urlaub verhindert sind, von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen, da es keine Möglichkeit der brieflichen Eintragung gibt.

Und dann verhindert auch noch das Ausschlusskriterium »Haushaltsrelevanz«, dass viele Initiativen wegen ihrer finanziellen Auswirkungen überhaupt erst gestartet werden können – so beispielsweise das Transrapid-Volksbegehren, das alle Hürden schaffte und nur an dieser letzten Hürde scheiterte, obwohl der Stopp des Transrapids den Landeshaushalt sogar entlastet hätte.

Wir Grüne im Bayerischen Landtag fordern deshalb die Absenkung der notwendigen Unterschriftenzahl von 10 auf 5 Prozent, die Verlängerung der Unterschriftenfrist von 14 Tagen auf einen Monat, die Teilnahmemöglichkeit per brieflicher Eintragung und die Zulassung von Volksbegehren mit finanziellen Auswirkungen!

15 Jahre Bürgerentscheid – von Hürden befreien!

Eigentlich ging alles gut los, als 1995 das Instrument des Bürgerentscheides durch einen Volksentscheid eingeführt wurde – mit großer Zustimmung der bayerischen Bevölkerung gegen die damals noch allein regierende CSU. Aber es kam anders: 1998 hat die CSU den Bürgerentscheid mit Hürden versehen und die Verbindlichkeit seiner Abstimmung erheblich geschwächt:

Hürde »gestaffelte Zustimmungsquoren«:

Ein Bürgerentscheid muss nicht nur die Mehrheit erzielen. Je nach Einwohnerzahl der Kommune müssen mindestens 10, 15 oder 20 Prozent der Wahlberechtigten den Entscheid mit »Ja« ankreuzen. Vor allem für mittelgroße Städte bis 50.000 Einwohner ist selbst bei intensiver Öffentlichkeitsarbeit eine Beteiligung der Befürworter in Höhe von 20 Prozent schwer erreichbar. Leichter ist dies in größeren Städten und Gemeinden bei Zustimmungsquoren von 15 bzw. 10 Prozent, was aber ein Ungleichgewicht zu Gunsten der größeren Orte zur Folge hat.

Hürde »Bindungswirkung«:

Seit 1998 sind die Kommunen statt 3 Jahre nur noch 1 Jahr an einen Bürgerentscheid gebunden. Dies führt dazu, dass erfolgreiche Bürgerbescheide einfach »ausgesessen« werden und der Wählerwille damit ignoriert wird.

Wir Grüne im Bayerischen Landtag fordern, dass die Zustimmungsquoren gesenkt und bei Kommunen bis 100.000 Einwohner einheitlich auf 15 Prozent festgelegt werden und dass die Bindungswirkung von erfolgreichen Bürgerentscheiden auf 2 Jahre verlängert wird – damit sich in Zukunft alle beteiligten Bürgerinnen und Bürger einer angemessenen politischen Umsetzung ihres gemeinsamen Wählerwillens sicher sein können.

Die Gedanken sind frei – und die Informationen?

© luxuz... / photocase.com

Bürgerrecht auf freie Informationen durchsetzen!

Das Informationsrecht gegenüber der Verwaltung ist ein anerkanntes Bürgerrecht des 21. Jahrhunderts. Erst Einsicht in Abläufe, Gutachten, Erfahrungsberichte machen Verwaltungen transparent und ihre Arbeit nachvollziehbar und schaffen damit Vertrauen in Staat, Kommunen und deren Mitarbeiter. Zeitgemäße Verwaltungen arbeiten selbstverständlich längst serviceorientiert und nach demokratischem Verständnis im Dienste der Bürgerinnen und Bürger und nicht umgekehrt.

Diese Überzeugung, die sich in Form von Informationsfreiheitsgesetzen (IFG) dokumentiert, herrscht in gut 90 Staaten weltweit, sowie in fast allen Mitgliedsstaaten der EU und in 11 von 16 Bundesländern auf staatlicher und kommunaler Ebene – aber nicht in Bayern!

Wer sich in Bayern einer informierten Zivilgesellschaft verweigert, erweckt den Eindruck, nicht verantwortungsbewusst und aufrichtig mit den Belangen der Menschen umzugehen und fördert so Missmut, politisches Desinteresse und das Misstrauen seiner Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb fordern wir Grüne im Bayerischen Landtag den freien und an keine weiteren Voraussetzungen gebundenen Zugang zu amtlichen Informationen aller öffentlichen Stellen und Unternehmen des Freistaates und der Kommunen, sowie die Einsicht in deren Verwaltungsvorgänge!

Da unser Vorstoß für ein bayerisches IFG erneut an der CSU und auch an der FDP scheiterte, obwohl diese sich vor der Wahl noch ausdrücklich dafür ausgesprochen hatte, werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass zumindest in den Städten, Gemeinden und Landkreisen durch eigene Satzungen ein Fundament für den freien Zugang zu Informationen gelegt wird.

© himberry / photocase.com

Mitmacher an die Macht!

Mitbestimmung in Bayerns Städten, Gemeinden und Landkreisen stärken!

Eine aktive, selbstbestimmte demokratische Gesellschaft lebt von jedem einzelnen Menschen und dessen persönlichem Engagement in seinem direkten Umfeld vor Ort. Hier entsteht die Basis für das Vertrauen in kommunales und staatliches Handeln und politische Mitbestimmung. Dies wollen wir fördern, indem wir vor Ort allen Menschen eine größtmögliche Chance auf Mitwirkung und Mitbestimmung einräumen und die Teilnahme an der Demokratie vor Ort stärken.

Dazu gehört neben der Stärkung der kommunalen Mandatsträger auch eine intensivere Förderung von Jugendlichen als die heranwachsende Generation aktiver, selbstbestimmter Demokraten und »Einsteiger« in unsere demokratische Kultur – aber auch die Einbindung von über einer halben Million Menschen, die keinen EU-Pass haben, von denen aber fast die Hälfte länger als 15 Jahre in Deutschland leben, in die demokratischen Prozesse in Bayern. Denn in manchen Stadtteilen und Gemeinden ist mehr als ein Drittel der Bevölkerung vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen, von der Teilnahme an Bürgerversammlungen und den Abstimmungen über Bürgerentscheide und damit beispielsweise von Entscheidungen über Spielplätze, Kinderbetreuung und den Nahverkehr.

Wir Grüne im Bayerischen Landtag fordern die Stärkung der gewählten Mandatsträger in den Kommunalparlamenten durch individuelle Informationsrechte wie das Akteneinsichtsrecht sowie eine angemessene Vertretung aller Parteien und Wählergruppen des Gemeindrats, Stadtrats und Kreistags in den verschiedenen Ausschüssen und Gremien bis hin zu den Verwaltungsräten der Sparkassen!

Außerdem wollen wir das Wahlalter bei Landtags- und Kommunalwahlen und das Abstimmungsalter für Volks- und Bürgerentscheide auf 16 Jahre absenken und fordern das kommunale Wahlrecht für alle Einwohner in Bayern!

Das Alles, und noch viel mehr …

Unsere zentralen Forderungen für mehr Demokratie in Bayern im Überblick:

Stärkung des Volksentscheids

- Absenkung des Zustimmungsquorums von 10 auf 5 Prozent
- Verlängerung der Eintragungsfrist von 14 Tagen auf 1 Monat
- Teilnahmemöglichkeit per brieflicher Eintragung
- Zulassung von Volksbegehren mit finanziellen Auswirkungen

Stärkung des Bürgerentscheids

- Absenkung der Zustimmungsquoren bei Kommunen bis 100.000 Einwohner auf einheitlich 15 Prozent
- Verlängerung der Bindungsfrist von 1 auf 2 Jahre

Informationsfreiheitsgesetz für Bayern

- Freier Zugang zu amtlichen Informationen aller öffentlichen Stellen des Freistaates und Einsicht in deren Verwaltungsvorgänge!

Mehr Mitbestimmung in bayerischen Städten, Gemeinden und Kommunen

- Stärkung der kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger
- Kommunales Wahlrecht für alle Einwohner in Bayern
- Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

IHR KONTAKT

Susanna Tausendfreund
Innenpolitische Sprecherin

Tel. 089 / 4127 - 2774
susanna.tausendfreund@
gruene-fraktion-bayern.de

Bündnis 90 / Die Grünen im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 / 4126 - 2493, - 2728
Fax 089 / 4126 - 1494

info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Gestaltung: nickel-berlin.com
Druck: ulenspiegel druck gmbh, Birkenstraße 3, 82346 Andechs
geprüftes Umweltmanagement nach EMAS D-155-00126

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

klimaneutral gedruckt
Zertifikatsnummer:
178-53275-0310-1040
www.climatepartner.com

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAG BAYERN